

**Große Anfrage**  
**der Fraktion der CDU/CSU**

**betr. Schwerpunktaufgaben in Wissenschaft und  
Forschung**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was will die Bundesregierung tun oder veranlassen, um sicherzustellen, daß die im Bundesbericht Forschung II genannten „Zukunftsaufgaben“ in Forschung und Entwicklung im notwendigen Umfang gefördert werden?
2. Welcher Beratungs- und Planungsmethoden wird sich die Bundesregierung bei der Erarbeitung ihrer forschungspolitischen Zielvorstellungen bedienen?  
Werden dabei auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts berücksichtigt?
3. Wie kann künftig ein ausreichender Bestand an wissenschaftlichem und technischem Personal sichergestellt werden? Reichen die statistischen Unterlagen zum Forschungspersonal aus?
4. Ist die Bundesregierung aufgrund ihrer Informationen aus den Ländern der Auffassung, daß
  - a) die Ausbildung an unseren Schulen und Universitäten jene Begabungen, die hohe wissenschaftliche Leistungen versprechen, frühzeitig genug entdeckt und in der notwendigen Weise fördert;
  - b) es an unseren Universitäten Möglichkeiten gibt, jene Studenten, die Forscher zu werden versprechen, über die Bemühungen der Studienstiftung hinaus, frühzeitig an wissenschaftliche Fragestellungen heranzuführen;
  - c) unser System dem jungen Forscher genügend Möglichkeit gibt, eigenen Fragestellungen nachzugehen;

- d) es möglich ist, in bestimmten Fällen hochqualifizierte Studenten zeitweise an Max-Planck-Institute zu überweisen;
  - e) die Verteilung der Forschungsmittel, über die sehr verdienstvollen Methoden der Deutschen Forschungsgemeinschaft hinaus, so verbessert werden kann, daß die Entscheidung über die Verteilung der Mittel nicht von Persönlichkeiten abhängt, die in anderen Fällen für sich selbst Mittel beantragen und dabei auf das Wohlwollen ihrer Kollegen angewiesen sind;
  - f) die Ergebnisse der Forschung einer Betrachtung ihres Aufwandes und Ertrages unterzogen werden sollten?
5. Welches sind die Auffassungen der Bundesregierung zur zukünftigen Wissenschaftspolitik mit den europäischen Ländern:
- a) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft alle Möglichkeiten der Kooperation genutzt sind?
  - b) Hält es die Bundesregierung für zweckmäßig, auf das Angebot Großbritanniens zur Zusammenarbeit schon vor dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzugehen?

Bonn, den 17. Januar 1968

**Stücklen und Fraktion**